

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Jörn Wunderlich, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Regelmäßige Schulfahrten als Bildungsinhalt

In den vergleichenden Ergebnissen der PISA-Studie schneidet Deutschland sowohl bei der Lernkompetenz von Schülerinnen und Schülern als auch bei der Lehrkompetenz der Bildungsinstitutionen schlecht ab. Besonders dramatisch ist die Erkenntnis, dass Kinder aus niedrigen sozialen Schichten, Kinder mit Behinderungen und vor allem Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich weniger Zugang zu Bildungsmöglichkeiten haben. Zudem werden Sozialkompetenzen, welche grundlegende Bedeutung für den späteren Berufs- und Lebensweg sowie für einen verantwortungsvollen Umgang in der Gesellschaft haben, im Rahmen der Schule zu wenig gefordert und gefördert.

Im Sinne des lebenslangen Lernens muss eine reine Vermittlung von Unterrichtsinhalten daher durch ein aktives, selbstständiges, zunehmend eigenverantwortliches Lernen und Miteinander – Leben im Lern- und Lebensraum – durch die Schule ergänzt werden. Lernen muss ganzheitlicher, lebendiger und wirklichkeitsnäher geschehen. Auch die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ bestätigt, dass Wissen, Werte, Schlüsselqualifikationen und Verhaltensweisen vermittelt werden müssen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine nachhaltige gesellschaftliche Veränderung notwendig sind.

Die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule wird durch Schulfahrten und mehrtägige Aufenthalte an geeigneten naturnahen Orten in besonderer Weise gefördert. Dass diese Fahrten einen Bildungscharakter und eine pädagogische Intention haben sollen, ist in Erlassen der Bundesländer festgelegt.

Während in der EU Bildung auf internationaler Ebene immer stärker gefördert wird, erschweren in Deutschland 16 verschiedene Systeme und Regelungen die einheitliche Erstellung von qualitativ hochwertigen pädagogischen Konzepten bzw. bildungspolitischen Programmen. Damit gestaltet sich auch die Umsetzung der Schulfahrten mit der geforderten pädagogischen Intention für Lehrkräfte, für Schülerinnen und Schüler sowie für die Anbieter von Schulfahrten immer komplizierter.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit erkennt die Bundesregierung grundlegend den Bildungs- und Erziehungscharakter von Klassenfahrten und mehrtägigen Gruppenaufenthalten mit Themenschwerpunkten wie politische Bildung, Europa, Förderung von Sozialkompetenzen und/oder die Vertiefung von Fachwissen an?
Was sind demzufolge für die Bundesregierung andere soziale Lernorte?
2. In welchen Bundesländern gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Regelungen hinsichtlich jährlich durchzuführender mehrtägiger Klassenfahrten als verbindlichen Bestandteil des Lehrplanes (bitte aufschlüsseln nach Klassenstufen 1 bis 6, 7 bis 10, 11 bis 13 sowie Sonderschulen)?
3. Welche Entwicklung gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung hinsichtlich der durchgeführten Klassenfahrten (bitte aufgeschlüsselt nach Bundesländern, Jahrgangsstufen und Schulformen) in den vergangenen zehn Jahren?
4. Inwieweit unterstützt bzw. fördert die Bundesregierung die grundsätzlich verpflichtende Einführung von Klassenfahrten für alle Jahrgangsstufen und Schulformen?
5. Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe und wesentlichen Hindernisse zur Nichtdurchführung von alljährlichen Klassenfahrten?
6. Welche Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft in Deutschland hätte es, wenn alle Schulklassen alljährlich mindestens eine mehrtägige Fahrt durchführen würden?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, dass die Durchführung von Klassenfahrten stark vom Engagement der Lehrkräfte abhängt, da sie nicht zusätzlich vergütet werden und die Lehrerinnen und Lehrer diese teils selbst finanzieren müssen?
Könnte die Anerkennung der Klassenfahrt als vergütete Dienstreise für Lehrkräfte in Anlehnung an das Bundesreisekostenrecht eine Lösung sein?
8. Sind nach Ansicht der Bundesregierung Schulfahrten dafür geeignet, auch Kindern mit Migrationshintergrund den notwendigen Zugang zu Bildung und Erziehung zu erleichtern?
Welche Konzepte bestehen?
Was soll zukünftig umgesetzt werden?
9. Welche Unterstützung für die Finanzierung von Klassenfahrten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung für Kinder von Eltern, denen keine Förderung zusteht, weil deren Einkommen knapp über dem Satz von Hartz IV liegen, und welche Regelungen gibt es für Kinder aus so genannten Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Inhalte und damit die Qualität der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Bezug nehmend auf die Bedeutung und Vereinheitlichung von Klassenfahrten, deren konzeptionelle Erstellung, Vorbereitung und Durchführung (erlebnispädagogische Klassenfahrtsdidaktik)?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung, dass es trotz der Notwendigkeit ganzheitlicher Bildungs- und Erziehungsansätze, welche insbesondere sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen Zugang zur Bildung und Erziehung ermöglichen, keine bundeseinheitlichen Qualitätskriterien für Schulfahrten gibt?

12. Welchen Beitrag kann die Bundesregierung (trotz der Föderalismusreform) für eine Vereinheitlichung von grundlegenden Standards für pädagogische Schulfahrten leisten?
13. Welche Möglichkeiten gibt es auf Bundes- und Landesebenen, gemeinnützigen Organisationen wie dem Bundesverband Erlebnispädagogik e. V. bei der Weiterentwicklung und Etablierung einheitlicher Qualitätskriterien für Anbieter erlebnispädagogischer und handlungsorientierter Programme zu unterstützen?

Welche Formen der Zusammenarbeit und Förderungen werden bereits praktiziert?

Berlin, den 12. April 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

